



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

**Legislaturperiode:** VIII  
**Sitzung Nr. 27** vom 17. November 2003  
**Ort:** Kronenmattsaal  
**Dauer:** 19.30 bis 22.20 Uhr

---

**Leitung:** E. Rietmann

**Protokollführung:** B. Christen

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Abwesend:** M. Bolleter, H. Kopp, U. Rediger

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 26. Sitzung vom 22. September 2003 wird genehmigt.

Präsident:

für das Protokoll:

Eduard Rietmann

Petra Oppliger

### Mitteilungen des Präsidenten:

Seit der letzten Sitzung am 22. September 2003 sind einige Wochen verstrichen, in denen sehr viele Veranstaltungen stattgefunden haben.

Zunächst sei an die Ständerats- und Nationalratswahlen vom 18./19. Oktober erinnert. An dieser Stelle möchte er Hans Fünfschilling und Claude Janiak zur Wahl gratulieren.

In der September-Ausgabe des Magazins "Cash Value" ist Binningen als wohnenswerteste und beste Gemeinde der Deutschschweiz bezeichnet worden. Dies darf nicht zuletzt auch die politischen Gremien und die Verwaltung mit Stolz erfüllen.

Inzwischen hat im Kronenmattsaal kürzlich die 11. Ausstellung "Arte" stattgefunden.

Am 1. November fand die Hauptübung der Feuerwehr statt, bei welcher offenbar auf spielerische Art das Können gezeigt wurde.

Der Gemeinderat hat bekannt gegeben, dass er im Oktober mit der Revision der Ortsplanung begonnen hat.

Die Mütter-/ Väterberatung Leimental feierte ihr 25-jähriges Bestehen.

Das Ortsmuseum hat die Wintersaison eröffnet, ein Besuch lohnt sich. Ausserdem fand dort inzwischen ein Apéro für Neuzuzüger/innen statt, ebenso die gelungene Jungbürger/innen-Feier.

Am vergangenen Freitag führte die Bürgergemeinde in diesem Saal ihre Versammlung und die traditionelle "Metzgete" durch.

Heute hat Olivier Kungler seine Stelle als nachfolgender Gemeindeverwalter angetreten. Der offizielle Amtsantritt ist am 1. Januar 2004, bis dahin wird er sich einarbeiten. Er wird herzlich willkommen geheissen.

### Neue persönliche Vorstösse :

- Motion FDP-Fraktion vom 23.10.2003: Schliessung des Schiessplatzes Allschwiler-Weiher / Schaffung von Sportplätzen auf diesem Areal (Gesch. Nr. 177)

**FDP:** *M. Hopf* erklärt, dass P. Fankhauser von der SP-Fraktion in dieser Angelegenheit im September 2000 bereits ein Postulat eingereicht hat. Die Motion der FDP ist eine Ergänzung dazu. Weil sich die Sache konkretisiert, sollen die Bedürfnisse von Binningen klar zum Ausdruck gebracht werden.

- Interpellation der FDP-Fraktion vom 14.11.2003: Buslinie 61 / Ruftaxi (Gesch. Nr. 178)
- Anfrage von T. Rehmann, SP, vom 14.11.2003: Erhalt der Blutbuche am Kronenplatz Binningen (Gesch. Nr. 179)

*Gemeinderat R. Felber* bemerkt, dass er zur Blutbuche seine persönliche Stellungnahme abgeben kann, dass aber seit letztem Freitag keine Möglichkeit bestand, das Thema im Gemeinderatsgremium zu besprechen.

**SP:** *T. Rehmann* ist erstaunt, dass der Gemeinderat nicht am Schluss der Sitzung antworten will. Der Erhalt dieser Buche ist ein Anliegen, welches einige Gemüter in Binningen bewegt.

*Präsident E. Rietmann* verspricht, die Anfrage beim Traktandum Diverses aufzunehmen.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

**Traktandenliste:**

1. Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2003:  
**Ersatzwahl eines Mitglieds in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004** 169
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003:  
**Genehmigung des Gesamtprojektes "Schlosspark Binningen" enthaltend: Sanierung Liegenschaft Schlossgasse 2 (Imhofhaus), Verlegung Schlossgasse, Erstellung eines Schlossparks, Erstellung einer Einstellhalle und Bewilligung eines Bruttokredits von CHF 15.05 Mio. (Restfinanzierung CHF 9.50 Mio.)** 164
3. Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 4.11.2003  
**Einführung umfassender Blockzeiten am Kindergarten** 175
4. Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 28.10.2003:  
**Einführung von vier weiteren Tempo 30-Zonen in der Gemeinde Binningen und Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 280'000.00** 176
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003:  
**Bewilligung eines Betrages von CHF 33'500.00 an den Verein Oekogemeinde Binningen für eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Meiriacker-Schulhauses** 171
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2003:  
**Teilrevision Personal-Reglement** 172
7. Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2003:  
**Aufhebung des Kindergarten-Reglements** 174
8. Postulat SP-Fraktion vom 19.9.2003:  
**Moratorium für Verkauf des Grundstücks, Parzelle Nr. 5125 für die Dauer von drei Jahren** 168  
Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung
9. **Diverses**

**CVP:** *T. Petitjean* merkt an, dass der Bericht der Subkommission "Wirtschaftsförderung" den Sitzungsunterlagen beigelegt worden ist. Das Geschäft Nr. 162 soll jedoch für die Dezember-Sitzung ordentlich traktandiert werden.

Dieser Antrag wird auch von S. Zürcher, SP und M. Hopf, FDP, unterstützt.

## Traktandum 1

Geschäft Nr.

Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2003:

**Ersatzwahl eines Mitglieds in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2004**

169

Eintreten:

**FDP:** *M. Zimmermann* schlägt Alexandra Schwank als Nachfolgerin vor. Sie ist 1969 geboren, hat kürzlich ihren Dokortitel in Jurisprudenz erworben. Seit 1998 ist sie akademische Mitarbeiterin im Justizdepartement Basel-Stadt. Ihre Spezialgebiete sind Personalrecht und Vormundschafts- und Verfahrensrecht. Sie war 1996 bis 1999 Mitglied des Einwohnerrats und auch in verschiedenen Ratskommissionen tätig.

**CVP:** *H. Senn:* An die Person, welche dieses Amt ausübt, werden hohe fachliche und charakterliche Kompetenzen gestellt. Diese Qualifikation wird in keiner Weise bei Frau Schwank angezweifelt und ihre Kandidatur unterstützt. Hingegen regt er an, dass der Einwohnerrat in Zukunft rechtzeitig vor der Sitzung über die Kandidatur informiert wird.

*Präsident E. Rietmann* befürwortet diese Anregung.

Einstimmig wird beschlossen:

<p><b>://: Für die restliche Amtsperiode wird in Stiller Wahl gewählt: Dr. Alexandra Schwank, FDP</b></p>
---

## Traktandum 2

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003:

**Genehmigung des Gesamtprojekts "Schlosspark Binningen" enthaltend:  
Sanierung Liegenschaft Schlossgasse 2 (Imhofhaus), Verlegung Schlossgasse,  
Erstellung eines Schlossparks, Erstellung einer Einstellhalle und Bewilligung  
eines Bruttokredits von CHF 15.05 Mio. (Restfinanzierung CHF 9.50 Mio.)**

164

*Präsident E. Rietmann* bedauert, dass es nicht möglich war, das Schlossparkprojekt in den vom Einwohnerrat gewünschten zwei Vorlagen dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Er hätte sich gewünscht, dass der Gemeinderat dies in einem Zwischenbericht zu einem früheren Zeitpunkt bekannt gegeben hätte. Obwohl der Gemeinderat auf die Mitwirkung der Bürgergemeinde verzichtet hat, steht der Bürgerrat gemäss seiner Aussage an der Bürgergemeindeversammlung am letzten Freitag voll hinter der Vorlage und ist jederzeit bereit, sofern gewünscht, die Ausführung zu unterstützen.

Eintreten:

**FDP:** *M. Hopf:* Auf diese Vorlage musste ausgesprochen lange gewartet werden. Grundsätzlich wird sie positiv bewertet, obwohl eine Unterteilung in zwei Vorlagen bevorzugt worden wäre sowie die Einbindung der Bürgergemeinde. Immerhin bestehen diesbezüglich noch ein paar Anknüpfungspunkte. Das Projekt soll nun nicht mehr länger verzögert werden. Skeptisch beurteilt die Fraktion nach wie vor die Hotelzimmer, vor allem was die Rentabilität anbelangt. Die Fraktion will auf das Geschäft eintreten, beantragt jedoch Überweisung an eine Spezialkommission und nicht

an die BPK. Derzeit geht es weniger um bautechnische als vielmehr um Fragen zur Nutzung, d. h. Alternativen zu den geplanten Hotelzimmern. Eine solche wäre beispielsweise die Unterbringung der Gemeindebibliothek im Imhof-Haus. Auch ist nochmals abzuklären, ob die Bürgergemeinde nicht doch eingebunden werden könnte. Von Verschenken kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden.

**CVP:** *T. Petitjean* lobt die gute Vorlage, die nun nach 15 Jahren Planung möglichst rasch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Vor Kurzem ist eine überzeugende Lösung für die Parkplätze gefunden worden. Eine Überweisung an eine Kommission drängt sich aus Sicht seiner Fraktion nicht auf. Mit Genugtuung wird übrigens zur Kenntnis genommen, dass die Bürgergemeinde nicht involviert sein wird. Letztlich würde diese Variante mehr Ausgaben als Einnahmen ergeben.

**SP:** *T. Rehmann* stellt fest, dass sich auch ihre Fraktion über die Vorlage freut. Der Erhalt historischer Gebäude bzw. von Kulturerbe ist Aufgabe der Einwohner- und nicht der Bürgergemeinde. Das Problem von genügend Parkplätzen konnte nach Langem gelöst werden. Der Kanton wartet seit geraumer Zeit auf das Zivilstandsamt. Auch deshalb sollen die nächsten Schritte möglichst rasch unternommen werden. Die SP-Fraktion bevorzugt die Überweisung an die BPK, zumal diese sich mit dem Vorprojekt bereits befasst hat.

**SVP:** *M. Trautwein* schliesst sich der Meinung an, dass die Bevölkerung möglichst bald zum Projekt abstimmen können soll. Weil es jedoch um einen grossen finanziellen Brocken geht, soll sich die BPK vorab mit offenen Fragen auseinander setzen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

**Grüne:** *M. Schmidli* dankt für die Schlosspark-Vorlage. Der historische Gebäudekomplex und der öffentliche Park werden Binningen aufwerten. Die Renaturierung des Birsigs ist besonders positiv zu erwähnen, ebenso die optimale Anbindung an das öffentliche Verkehrsmittel. Die Vorlage könnte aus Sicht der Grünen direkt beschlossen werden, doch ist nichts einzuwenden, wenn das Geschäft vorab an die BPK überwiesen wird.

**JLB:** *P. Treuthardt* zeigt sich ebenfalls erfreut über die Vorlage 164. Nach wie vor wird jedoch bezweifelt, dass die Gästezimmer im Imhof-Haus rentieren werden. Dieser Nachweis wird die BPK oder eine Spezialkommission erst noch erbringen müssen.

**EVP:** *U. von Bidder* ist froh, dass nachdem eine gute Parking-Lösung gefunden wurde, das Gesamtprojekt vorliegt und sich das Ensemble beim Schloss und der Park der Realisierung nähern. Daran erinnert sei, dass die Initiative ausschliesslich einen Schlosspark und die Verlegung der Schlossgasse forderte. Es ist deshalb bedauerlich, wenn jetzt die Nutzung und die Wirtschaftlichkeit des Imhof-Hauses in den Vordergrund gestellt werden. Je nach dem, wer die Expertise abfasste, wird die Rentabilität der Gästezimmer völlig unterschiedlich beurteilt. Er hat Vertrauen in die BPK, dass diese die offenen Fragen gewissenhaft abklären wird.

Interessieren würde ihn, wie der Gemeinderat zur Feststellung gelangte, dass in Binningen für zahlbare Büros kein Bedarf bestehe.

**FDP:** *M. Zimmermann* meint, dass gerade weil die Ansichten über Nutzung und Wirtschaftlichkeit des Imhof-Hauses derart divergieren, die FDP-Fraktion die Überweisung an eine Spezialkommission verlangt. Weil es hier um eine Investition in das Finanzvermögen geht, muss eine bescheidene Rendite erzielt werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *R. Felber* bedankt sich für die Zustimmung und gibt den Dank seinerseits weiter an den Bürgerrat, welcher seine Unterstützung anbot sowie an den Kanton, der die Kosten für die Renaturierung des Birsigs übernimmt. Und schliesslich ist die Lösung des Parkplatzproblems dank der Clarastiftung nun endlich gelungen. Es liegt jetzt nicht zuletzt an den Parlamentariern, die positive Haltung zum Projekt in der Bevölkerung zu verbreiten, damit es in der Volksabstimmung angenommen wird. Bezüglich Nutzung des Imhof-Hauses ist festzuhalten, dass auf den Bauabteilungen häufig Anfragen für Wohnungen und für Bauland eingehen, jedoch nicht für Büroräume. Tatsache ist auch, dass viele Bürogebäude in der Region leer stehen. Für Wohnungen ist die Liegenschaft nicht sehr attraktiv. Der Gemeinderat ist nicht gegen die Überweisung an eine Kommission, doch ist die BPK mit ihrem Wissensvorsprung dazu geeignet.

*Präsident E. Rietmann* lässt darüber abstimmen, ob das Geschäft grundsätzlich einer Kommission übergeben werden soll. Anschliessend wird er darüber abstimmen lassen, ob diese Kommission eine 11er Spezialkommission oder die Bau- und Planungskommission sein soll.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://: Das Geschäft wird an eine Kommission überwiesen.**

Mit 23 Ja für die BPK gegen 12 Ja bei 2 Enthaltungen für eine Spezialkommission wird beschlossen:

**://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

#### Fragen an die BPK:

**EVP:** *U. von Bidder* teilt die Ansicht des Gemeinderats nicht, wonach für ein Museum oder Kulturzentrum kein Bedarf besteht. Zum Beispiel hat der Kunstverein schon mehrfach festgestellt, dass ein Saal für 80 - 100 Personen mit einer Bühne fehlt. Diese Nutzung des Imhof-Hauses soll abgeklärt werden.

**SP:** *T. Rehmann* beantragt, dass eine Koordination im Zusammenhang mit der Verlegung der Schlossgasse und dem Kronenplatz sowie mit dem Imhof-Haus in der BPK diskutiert wird. Besonderes Augenmerk ist beim Parking darauf zu richten, dass dieses behindertengerecht und frauenfreundlich gestaltet wird.

**FDP:** *M. Hopf* wünscht, dass die abweichenden Berechnungen zur Rentabilität der Hotelzimmer nochmals überprüft werden sowie dass weitere Nutzungen, wie Arztpraxen oder die Unterbringung der Gemeindebibliothek, abgeklärt werden.

**Grüne:** *M. Schmidli* bittet die BPK darauf zu achten, ob der Park familien- und kinderfreundlich gestaltet wird.

#### **Traktandum 3**

**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003:

**Einführung umfassender Blockzeiten am Kindergarten**

**175**

#### Eintreten:

**FDP:** *S. Cron*: Die Fraktionsmehrheit befürwortet die Vorlage. Der Tagesablauf von Familien wird erheblich vereinfacht, wenn die Blockzeiten von Kindergarten und Primarschule identisch sind. Die Kleinen werden deswegen nicht überfordert. Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Variante wird zudem der Abteilungsunterricht an den Nachmittagen sicher gestellt, was für den Übertritt in die Primarschule sehr wichtig ist. Mit der Einführung von Blockzeiten wird sich für die Kindergärtner/innen die Arbeitszeit auf ein 100 % Pensum erhöhen, was seit langem ein Anliegen dieser Lehrkräfte ist. Im Vergleich zu den Vorteilen sind die entsprechenden Mehrkosten von ca. 240'000 Franken jährlich vertretbar.

**SVP:** *E. Kohl* ist nicht prinzipiell gegen die Einführung der Blockzeiten, jedoch gegen die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante. Diese wird für die Kinder dieses Alters als zu streng angesehen. Die Fraktion bevorzugt deshalb die Variante 2.

**CVP:** *B. Bächtiger:* Das Meinungsspektrum zu diesem Thema geht innerhalb der Fraktion weit auseinander. Eine Mehrheit wird aber die vorgelegte Variante unterstützen, obwohl dies einen Beginn der Blockzeit morgens um acht Uhr bedeutet, was kaum den Bedürfnissen der Kinder entspricht.

**Grüne:** *M. Schmidli* bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr rasch unterbreitete Vorlage. Basel-Stadt hat die Blockzeiten im Kindergarten schon vor längerer Zeit eingeführt, sie bewähren sich. Besonders für berufstätige Eltern vereinfachen die Blockzeiten die Organisation der Kinderbetreuung. Die Kindergärtner/innen begrüßen die Umstellung und Pensumserhöhung ebenfalls. Die Variante 1 bietet den Vorteil, dass Abteilungsunterricht möglich ist.

**SP:** *G. Köhler* begnügt sich mit der Feststellung, dass seine Fraktion die Anträge des Gemeinderats befürworten wird.

**EVP:** *U. von Bidder* spricht sich ebenfalls klar für die Einführung von Blockzeiten im Kindergarten aus. Dies erleichtert wesentlich den Übertritt in die Schule. Aufgrund der Erfahrungen an der Primarschule vertritt er die Ansicht, dass die Lehrkräfte durchaus die Möglichkeit haben, den Unterricht kindergerecht zu gestalten. Ein wertvolles Element der Variante 1 ist der Abteilungsunterricht.

**JLB:** *C. Fries* bemerkt, dass mit Überzeugung den Anträgen des Gemeinderats zugestimmt wird.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset* ergänzt, dass strukturell eine Zusammenführung von Primarschule und Kindergarten stattgefunden hat, indem ein gemeinsamer Schulrat und eine gemeinsame Schulleitung bestehen. Die Variante 2 ist eigentlich nur als theoretische Möglichkeit der Vollständigkeit halber aufgeführt. Sie würde eine qualitative Verschlechterung zum jetzigen System bedeuten, weil der Abteilungsunterricht am Nachmittag entfällt, welcher jedoch eine individuellere Betreuung in kleineren Gruppen ermöglicht.

**SVP:** *E. Kohl* meint, dass mit einer Minimalvariante genügend auf die Kinder eingegangen werden kann. Sie befürchtet, dass sowohl mit Variante 1 als auch 2 die Kinder zu stark gefordert werden; deshalb zieht sie das bisherige System vor.

*Präsident E. Rietmann* stellt bei der Abstimmung Variante 1 der Variante 2 gegenüber.

**:::** Mit klarem Mehr von 26 Ja-Stimmen stimmt der Rat für Variante 1.  
Für Variante 2 sprechen sich 7 Mitglieder aus bei 4 Enthaltungen.

Detailberatung: entfällt

Mit 28 Ja, 7 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

- |  |
|--|
| <p><b>:::</b> 3.1 Der Einführung umfassender Blockzeiten am Kindergarten im Sinne des Bildungsgesetzes mit Unterricht auch an drei Nachmittagen ab Schuljahr 2004/2005 wird zugestimmt.</p> <p>3.2 Die für die Einführung ab August 2004 nötigen finanziellen Mittel in der Höhe von CHF 99'000.00 sind ins Budget 2004 aufzunehmen.</p> <p>3.3 Das Postulat von M. Schmidli und Mitunterzeichnenden vom 22. September 2003, Einführung umfassender Blockzeiten auf Kindergartenstufe (Gesch. Nr. 167), wird überwiesen und als erfüllt abgeschrieben.</p> |
|--|

## Traktandum 4

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 28.10.2003:

**Einführung von vier weiteren Tempo 30-Zonen in der Gemeinde Binningen und Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 280'000.00**

176

Eintreten:

**FDP:** *A. Mati:* Die Rücklaufquote von 42 % der im Sommer 2003 durchgeführten Befragung war hoch und hat eine Zustimmung im Durchschnitt von 62 % ergeben, allerdings entspricht dies nicht einer Mehrheit der befragten Haushalte. Es fallen verschiedene Ungereimtheiten bei den Antworten auf. Vorbehalte hat die Fraktion aber besonders bezüglich Fragestellungen, welche als suggestiv und daher als unprofessionell beurteilt werden. Trotz dieser Vorbehalte wird der Einführung von vier weiteren Tempo 30-Zonen zugestimmt. Weil die Vorlage aber keine detaillierten Angaben über das Wie der Umsetzung enthält, wird der Pauschalkredit verweigert. Zudem sind darin keine Unterhaltskosten berücksichtigt. Die Fraktion verlangt einfache, kostengünstige Massnahmen, wie sie z. B. Basel-Stadt mit aufgeschraubten Schwellen realisiert hat. Aufgrund dieser Argumente stellt die FDP-Fraktion folgenden Gegenantrag:

- "1. Der Einführung von vier weiteren Tempo 30-Zonen wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird eingeladen, dem Einwohnerrat separate Bau- respektive Kreditvorlagen zur definitiven Einführung vorzulegen."

**CVP:** *J. Infanger:* Vergangenen Mai hat seine sowie parallel dazu die FDP-Fraktion eine Motion betreffend ein Lastwagenfahrverbot auf der Achse Paradiesstrasse / Neubadrain eingereicht. Bis heute ist nichts geschehen. Die CVP will deshalb nicht auf das Geschäft 176 eintreten, solange der Gemeinderat nicht auf die Vorstösse reagiert hat.

**FDP:** *M. Hopf* kann zwar ein gewisses Verständnis für diesen Antrag aufbringen, denn auch er wartet noch länger auf die Realisierung eines Kreisels. Dennoch hält er eine Verquickung der beiden Geschäfte für unklug, weil damit die Verkehrspolitik völlig blockiert wird.

**EVP:** *U. von Bidder* teilt diese Meinung. Soweit ihm bekannt ist, sind dem Gemeinderat die Hände gebunden, weil noch Einsprachen hängig sind.

**CVP:** *H. Senn* wirft ein, dass ihm davon nichts bekannt ist. Der Gemeinderat wurde mit der überwiesenen Motion zum Handeln verpflichtet, was bisher nicht geschehen ist.

**SP.** *S. Brenneisen* findet, dass ein Geschäft soll nicht gegen das andere ausgespielt werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *C. Simon* erläutert, dass die kantonalen Stellen im Juni dem Wunsch des Gemeinderats betreffend Einführung von Tempo 40 auf der erwähnten Achse entsprochen haben. Gegen diese Massnahme sind aus Basel und Bottmingen zwei Einsprachen eingegangen. Nachdem der Regierungsrat diese abgewiesen hat, sind sie ans Kantonsgericht weitergezogen worden und derzeit noch pendent. Was die Motion vom Mai für ein Lastwagenverbot betrifft, hat die Exekutive ein Jahr Zeit, um darauf zu reagieren.

**://: Der Antrag der CVP auf Nichteintreten wird mit 5 Ja, 28 Nein bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

**SVP:** *E. Kohl* hat die gleichen Vorbehalte wie sie von A. Mati vorgebracht worden sind. Es ist beispielsweise nicht ersichtlich, welche Haushalte die Umfrage erhalten haben und welche nicht. Auch ihre Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen die Einführung von Tempo 30-Zonen noch gegen den erforderlichen Kredit, möchte aber ebenfalls wissen, welche konkreten Massnahmen vorgesehen sind. Aus diesem Grund werden separate Vorlagen gefordert.

**Grüne:** *K. Birkhäuser* betont, dass die Rücklaufquote mit 42 % enorm hoch ist. Die Umfrage ergibt ganz eindeutig, dass zwei Drittel der Quartierbewohner/innen Tempo 30-Zonen wollen. Im Weiteren haben sich 57 % im bereits verkehrsberuhigten Quartier Holee / Neusatz positiv über die Verbesserungen geäußert. Aus Sicht der Grünen spricht gar nichts mehr gegen eine zügige Realisierung weiterer Zonen; denn auch die entstehenden Kosten bleiben im Rahmen. Die Anträge des Gemeinderats werden gutgeheissen.

**EVP:** *U. von Bidder* knüpft an diese Aussage an, dass die Zonen 2 und 3 möglichst schnell umzusetzen sind, d. h. noch bevor die Bauarbeiten am Kronenplatz beginnen. Auf diese Weise kann ein Teil des zu befürchtenden Schleichverkehrs durch diese Quartiere verhindert werden. Es erstaunt ihn im Übrigen sehr, dass die FDP Schwellen befürwortet. Dabei handelt es sich seines Wissens in Basel um ein Provisorium.

**CVP:** *T. Petitjean* unterstützt das Vorgehen, wie es der Gemeinderat beantragt. Separate Vorlagen werden als unnötig erachtet, lässt doch der geforderte Kredit auf eine Minimalvariante schliessen.

**SP:** *S. Brenneisen* spricht sich ebenfalls für eine zügige Realisierung aus und schliesst sich dem Argument von U. von Bidder an, was den Baubeginn des Kronenplatzkreiselns anbelangt.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *C. Simon* erinnert daran, dass der Gemeinderat in seiner Vorlage im August 2002 die verschiedenen Aspekte zum Thema Verkehr eingehend erörtert hat. Der den Fraktionen zugestellte Detailplan zu dieser Vorlage orientiert wo was geplant ist. Er bildet Bestandteil des im Frühjahr in Auftrag gegebenen Gutachtens. Das kantonale Amt hat eine Vorprüfung vorgenommen und keine Einwände erhoben. Die Umfrage wurde übrigens von einem spezialisierten Büro erarbeitet. Der Gemeinderat hat die Fragen eingehend diskutiert. Sie sind seines Erachtens objektiv formuliert. Der Fragebogen wurde nur an jene Haushalte verschickt, welche in einer zukünftigen Tempo 30-Zone liegen. Der Fragebogen war in vier Kolonnen nach Alter und Geschlecht unterteilt, weshalb Mehrfachnennungen möglich waren. Zu den Kosten: Diese sind im Vergleich zur ursprünglichen Finanzplanung massiv gesenkt worden, nämlich von ca. 600'000 Franken für vier Zonen auf maximal 280'000. Darin sind die Nachevaluation und allfällige Nachbesserungen bereits enthalten. Der Grund liegt u. a. darin, dass Bund und Kanton auch einfachere Massnahmen akzeptieren. Schwellen sind keine gute Lösung, von welcher zunehmend abgesehen wird. Im Übrigen sind alle Verkehrsteilnehmer/innen inzwischen an Tempo 30-Zonen gewöhnt, so dass optische Mittel genügen. Es sind keine baulichen Schikanen vorgesehen. Sollte es sich als absolut notwendig erweisen, würde als letzte Massnahme eine Schwelle angebracht. Zum weiteren Vorgehen: Es werden gebietsweise Detailpläne erstellt, welche vom zuständigen kantonalen Amt genehmigt werden müssen. Anschliessend ist eine Information der betroffenen Quartierbewohner/innen vorgesehen, zudem werden sich Interessierte auf der Bauverwaltung orientieren können. Eine Mitsprache ist möglich.

**FDP:** *M. Hopf* hält am Antrag fest. Nicht nur die betroffene Bevölkerung soll sich zu den Detailplänen äussern können, sondern auch der Einwohnerrat; dies obwohl die Kosten zugegebenermassen weit weniger hoch ausfallen.

**://: Der Antrag der FDP (Vorlage separater Bau- bzw. Kreditvorlagen) wird mit 17 Ja bei 20 Nein abgelehnt.**

#### Detailberatung:

*Präsident E. Rietmann* erkundigt sich, ob seine Annahme, dass die im Plan markierten Orte für Radarmessungen sich auf die Zeit vor Einführung von Tempo 30 beziehen, richtig ist.

*Gemeinderat C. Simon* bestätigt, dass es sich um so genannte Referenzstellen handelt, an welchen vor und nach Einführung die Geschwindigkeit kontrolliert werden muss.

Mit 25 Ja bei 12 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 4.1 Für die Einführung von vier weiteren Tempo 30-Zonen wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von CHF 280'000.00 bewilligt.**

**4.2 Ins Budget 2004 wird ein Betrag von CHF 130'000.00 und ins Budget 2005 ein Betrag von CHF 150'000.00 eingestellt.**

## Traktandum 5

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 4.11.2003:

**Bewilligung eines Beitrags von CHF 33'500.00 an den Verein Oekogemeinde Binningen für eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Meiriacker-Schulhauses**

171

### Eintreten:

**FDP:** *E. Sütterlin* stellt fest, dass die Fraktion nicht gewillt ist, den finanziellen Beitrag zu bewilligen. Die Initiative der Oekogemeinde ist zwar positiv und grundsätzlich sollen wenn immer möglich erneuerbare Energiequellen gefördert werden. Hingegen hat auch die BPK die Installation einer Fotovoltaikanlage beim Bau des Schulhauses abgelehnt, die baulichen Voraussetzungen dafür sind jedoch geschaffen worden. Die Solarenergietechnik ist heute noch nicht genügend ausgereift, um in unseren Breitengraden rentabel zu sein. Die Erfahrungen, welche mit zwei solchen Anlagen gemacht worden sind, vermögen nicht zu überzeugen. Die Anzeigetafel ist umstritten. Einerseits können damit Schüler/innen zum Energiesparen sensibilisiert werden, andererseits wird die vorhandene Tafel im Spiegelfeld-Schulhaus angeblich nicht beachtet.

**SP:** *A. Braun:* Eine gegenteilige Ansicht vertritt seine Fraktion. Sie wird den Anträgen zustimmen. Im vergangenen Mai haben die Stimmberechtigten von Binningen ein Moratorium für den Bau neuer Atomanlagen befürwortet. Hier bietet sich die konkrete Möglichkeit, ein Alternativmodell zu unterstützen. Ohne diesen Beitrag ist die Realisierung in Frage gestellt, denn der Kanton richtet dafür keine Subventionen mehr aus.

**CVP:** *A. Achermann:* Weil bessere Möglichkeiten für Alternativenergien vorhanden sind, wird der Beitrag an die Fotovoltaikanlage und eine Anzeigetafel abgelehnt. Die Gemeinde konzentriert sich gescheiter auf effizientere Anlagen, wie z. B. die Nutzung aus Abwasserabwärme, als in viele kleine Projekte zu investieren.

**SVP:** *M. Trautwein* lehnt die finanzielle Beteiligung am vorliegenden Projekt ab. Die Fraktion ist zwar bereit, sich für neue Alternativtechniken zu engagieren. Bei Fotovoltaikanlagen kann davon aber keine Rede mehr sein. Die Anzeigeeinrichtung wird, trotz gewisser Vorbehalte, genehmigt.

**Grüne:** *K. Birkhäuser:* Solarenergie ist die Energie der Zukunft, auch wenn die Nutzung noch nicht perfekt ist. Es wäre sehr schade, wenn eine wohlhabende Gemeinde wie Binningen diesen kleinen Beitrag ablehnen würde. Selbstverständlich bewilligen die Grünen die beiden Anträge.

**EVP:** *U. von Bidder:* Bezüglich Rentabilitätsvergleich möchte er klar darauf hinweisen, dass die Strompreise konstruiert sind und nicht der Realität entsprechen. Bekanntlich sind sämtliche Kosten für Entsorgung und Stilllegung der AKW ausgeklammert.

**JLB:** *P. Treuthardt* bemerkt, dass das Projekt von der JLB keine Unterstützung erhält, besonders nachdem bereits zwei solche Anlagen bestehen. Aus ökologischer Sicht würde er Energie aus Brennstoffzellen der Solarenergie vorziehen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *R. Felber* erklärt, dass die Exekutive bereit war, einen kleinen Beitrag zur Realisierung dieses Projekts zu leisten. Was die Wirtschaftlichkeit anbelangt gehen die Meinungen stark auseinander. Beim Schulhaus-Neubau wurde das Dach genügend stark konzipiert, damit die Anlage eingebaut werden kann.

**FDP:** *M. Zimmermann* begreift nicht, dass eine Fraktion den Beitrag an die Anlage ablehnt, die Anzeigetafel jedoch bewilligen will. Letztere wird seines Erachtens nur gebraucht, wenn die Anlage installiert wird.

*Gemeinderat C. Simon* antwortet, dass die Oekogemeinde beabsichtigt, die Anlage mit oder ohne Beitrag der Gemeinde zu bauen. Auch wenn der Betrag dafür nicht bewilligt wird, so kann immerhin die Anzeigetafel auf Gemeindegeldern errichtet werden.

Detailberatung: entfällt

Mit 15 Ja und 22 Nein wird beschlossen:

**://: 5.1 Für die Realisierung einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Schulhauses Meiriacker wird an den Verein Oekogemeinde Binningen ein Beitrag von CHF 30'000.00 (Beiträge übrige Energie) nicht bewilligt.**

Mit 17 Ja, 15 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 5.2 Für eine Anzeigeeinrichtung wird ein Kredit von CHF 3'500.00 bewilligt.**

**Traktandum 6**

**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2003:

**Teilrevision Personal-Reglement**

**172**

Eintreten:

**SVP:** *F. Gerber:* Die Anpassungen ergeben sich aufgrund des neuen Bildungsgesetzes. Seine Fraktion stimmt der Teilrevision sowie dem nächsten Geschäft, der Aufhebung des Kindergarten-Reglements, zu.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

**://:**    **6.1 Die teilrevidierten Bestimmungen werden genehmigt.**  
          **6.2 Die teilrevidierten Bestimmungen treten ab 1. Januar 2004 in Kraft.**

**Traktandum 7**

**Geschäft Nr.**

Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2003:  
**Aufhebung des Kindergarten-Reglements**

**174**

Eintreten: keine Wortmeldung

Detailberatung: entfällt.

Einstimmig wird beschlossen:

**://:**    **Das Kindergarten-Reglement vom 29. August 1983 wird rückwirkend per 1. August 2003 ausser Kraft gesetzt.**

**Traktandum 8**

**Geschäft Nr.**

Postulat SP-Fraktion vom 19.9.2003:  
**Moratorium für Verkauf des Grundstücks, Parzelle Nr. 5125 für die Dauer von drei Jahren**

**168**

Eintreten:

**SP:** *G. Köhler* ist als Postulant mit der Begründung auf Nichtüberweisung des Vorstosses nicht einverstanden. Weder in den entsprechenden Protokollen noch im Text der Broschüre zur Schulhaus-Abstimmung findet sich ein verbindlicher Beschluss, dass diese Parzelle mit Wohnungen überbaut werden soll. Grundsätzlich soll diese Option bestehen bleiben. Im heutigen Zeitpunkt ist ein Moratorium jedoch angebracht. Das Grundstück ist Teil des Finanzvermögens. Der Gemeinderat kann deshalb den Verkauf in alleiniger Kompetenz beschliessen.

**FDP:** *M. Ziegler* hält dem Votum folgende Argumente entgegen: Wenn der Verkauf der Parzelle integraler Bestandteil der Abstimmung war, würde der Volkswille missachtet. Der Raumbedarf für Schüler/innen und selbst für die Quartierbevölkerung wurde mit dem Neubau wesentlich verbessert. Wird das Grundstück mit einem Moratorium belegt, kann kein neuer Wohnraum geschaffen werden und ziehen keine Steuern zahlende Familien nach Binningen. Das Postulat soll dem Gemeinderat nicht überwiesen werden.

**SP:** *S. Zürcher* betont nochmals, dass ein Verkauf nicht grundsätzlich abgelehnt wird. Das Moratorium als Denkpause ist gerechtfertigt. Andernfalls wird die Chance vergeben, bei Bedarf das Grundstück für andere Zwecke zu nutzen.

**CVP:** *H. Senn* weist darauf hin, dass in der Kreditvorlage für das Schulhaus vorgesehen war, die frei werdende Parzelle für Wohnungsbau im Baurecht abzutreten. Entsprechend wurde die Zone ausgeschieden. Trotzdem sympathisieren einige Fraktionsmitglieder mit dem Anliegen des Vorstosses der SP-Fraktion. Bekanntlich gibt es z. B. nicht genügend Sport- und Spielplätze in Binningen.

**EVP:** *U. von Bidder* befürwortet das Postulat. Die Gemeinde vergibt sich dadurch nichts. Ausserdem wäre dem Quartier nach einer langen, intensiven Bauphase eine Zeitlang Ruhe zu gönnen. In Anbetracht der unmittelbaren Nähe zum Schulhaus bezweifelt er, dass an dieser Lage Wohnungen sehr begehrt sind.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *R. Felber* erinnert daran, dass vor rund einem Jahr das Parlament der Umzonung in Wohnzone zugestimmt hat. Es bestand seit je her die Absicht, einen Teil der hohen Investitionsausgaben auf diese Weise wieder etwas auszugleichen. Die Aussenräume des Schulhauses sind grosszügig bemessen. Aus diesen Gründen ist ein weiteres Abwarten nicht gerechtfertigt.

**EVP:** *U. von Bidder* entgegnet, dass gemäss Erfahrungswerten des Vereins der Kindergärtnerinnen der Aussenraum zu klein ist.

*Gemeinderat R. Felber* kontert, dass die Räumlichkeiten erst kürzlich, d. h. während der kalten Jahreszeit, bezogen worden sind. Eine Beurteilung ist erst im Frühling möglich.

**SP:** *U. Kunz* gibt zu bedenken, dass das neue Schulhaus auf dem ehemaligen Pausenplatz steht, welcher sehr gross war. Heute ist allgemein anerkannt, dass Pausenplätze ebenso wichtig sind wie Schulräume. Deshalb bittet er, für das Moratorium zu stimmen.

**FDP:** *M. Hopf* macht seinem Unmut Luft über die Haltung, welche im Postulat zum Ausdruck kommt. Der Gemeinderat hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass die fragliche Parzelle verkauft werden soll. Auch die BPK hat die Vorlage geprüft und ihr in diesem Punkt zugestimmt.

Mit 18 Ja, 16 Nein bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b> <b>Das Postulat wird nicht überwiesen.</b>
--

## Traktandum 9

### Diverses

Aus Zeitgründen wird die Anfrage von T. Rehmann betr. Erhalt einer Blutbuche am Kronenplatz auf die nächste Sitzung verschoben.